

Was alte und neue Zeit betrifft, vergessen wir nicht zu beachten, daß — nach einem »mißlungenen« Versuch im Jahre 1886 — mit der Hauptversammlung 1897 die Teilnahme der Frauen an den Versammlungstagen und eine programmäßig in größerem Stil gepflegte Geselligkeit begann. Die erste Tagung war darin zugleich die schönste: in Friedrichsruh sah man Bismarck.

In den Beispielen, die in der Versammlung angegeben wurden, spiegelt sich der steigende Unwille und die steigende Ungeduld, zu der die vergebliche Forderung der Reinigung des Adreßbuchs führte. Man braucht es nur aufzuschlagen, um es mit Unwillen wieder zuzuschlagen! Führt nicht gleich der erste Buchstabe A einen Hamburger Konfektionshändler auf, der ein einziges Buch für seine geschäftlichen Zwecke hatte drucken lassen! Aber das war nicht das Beherrschende (weil die Hindernisse in Leipzig vorläufig unüberwindlich waren), auch nicht die Konkurrenz der Konsumvereine, Rabatt-Spargesellschaften, »Warenhäuser, Bazare, Verkaufshäuser usw.«, deren damals zuerst stärker gedacht wird (als Punkt der Tagesordnung erscheint »Warenhäuser« zuerst 1901), sondern Verleger-schleuderei und Kundenrabatt. Förderung des Nebenbuchhandels durch die Kommissionäre, Verzögerung der Adreßbuchreinigung, Laueheit des Börsenblatts, Leipzig Konkurrent der Provinz, der Verlag Konkurrent des Sortimenters, der Unwille über dies und anderes und eigentlich alles verdichtet sich zu der Spannung, die sich in Papes Ruf entlädt, die aber auch die lebendige Kraft ist, die im Vorstand gesteigertes Bewußtsein von Aufgabe und Verpflichtung hervorruft. »Der bisherige Mittelpunkt Leipzig besitzt nicht mehr die allgemeine Bedeutung. Es herrscht kein Vertrauen, kein Zusammenarbeiten mehr im Verlag und Sortiment. Den Riß zu schließen, sind die Kreis- und Ortsvereine berufen und deren Vorstand, von welchem zu wünschen ist, daß er manchmal etwas kräftiger blasen möchte« (Seippel, 1896). Ein neuer Weg des Betreibens, Mitglieder zu gewinnen, durch Rundschreiben, begann damals. Aber das wesentliche ist, daß es der Kreis Norden war, der auf der Leipziger Abgeordneten-Versammlung 1897 den Antrag stellte, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung eines gleichmäßigen Ladenpreises und gegen die Verleger-Schleuderei zu ergreifen. Der Vorstand des Verbands der Kreis- und Ortsvereine stellte darauf die 9 Thesen auf. Sie wurden in der Hauptversammlung 1899 des Kreises Norden in Lübeck vorgelegt, an der der gesamte Vorstand der Kreis- und Ortsvereine teilnahm, der Versammlung, auf der der neue Anstieg auf dem Wege zur Beseitigung des Kundenrabatts, Sicherung des festen Ladenpreises begann, der zu seiner nächsten Höhe, der von 1902 führte. Der Vorstand Kreis Norden stellte den Antrag: »Die Hauptversammlung des Kreises Norden hält die Lebensfähigkeit der Sortiments-Buchhandlungen seines Kreises aufs ernstlichste bedroht, wenn die jetzigen Rabatt-Verhältnisse fort dauern und ersucht den Verbandsvorstand, in der von letzterem vorgeschlagenen Weise baldigt in Tätigkeit zu treten, vorausgesetzt, daß auch die übrigen Kreis- und Ortsvereine sich einverstanden erklären«. Als das Jahr 1902 gekommen war, sah der Verband in den Beschlüssen der veränderten Bestimmungen für den Verkehr mit dem Publikum die wichtigsten, die er bis dahin gefaßt habe, und sagte sich mit Genugtuung, daß sie aus den Anregungen der Hauptversammlung von 1899 hervorgegangen seien.

Den Errungenschaften: Verkaufsordnung und Verkehrsordnung standen in der Praxis die zahlreichen Schwierigkeiten gegenüber, die schon längst bekämpft worden oder die neueren und neuesten Ursprungs waren. Zum Teil machten gerade die neuen Zollschranken auf den Straßen Nebenwege geschäftlicher zu umgehen, die Pfade des Restbuchhandels. Jenseits der Zollgrenze stand das Warenhaus, das »geramischte« Bücher zu willkürlichen Preisen verkaufte.

Im Jahre 1911 suchte der Vorstand die Kräfte des Verbands von Neuem zum Schutz gegen alle Schäden und Übelstände zusammenzufassen; die Mitglieder wurden aufgefordert, vorkommendes Material über Eindringen fremder Elemente (Warenhäuser, Vereinsbuchhandlungen, Buchhändler), Zeitungsprämienhandel, Adreßbuchfrage, direktes Verlagsangebot, Verleger-schleuderei, »teilweise Verramschung« und überhaupt alles, was Wohl und Wehe des Standes betraf, zu sammeln und

an den Vorstand einzusenden. Man hört aber auch den Ton gewisser philosophischer Resignation; Vorbote einer vielleicht nahenden Zeit, in der man den Zielen der Unterdrückung und Ausschließung etwas weniger, der vernünftig sich regelnden Ein- und Anpassung in Wandlungen, die zwar gerade für uns störend, im ganzen aber unaufhaltbar sind, mehr Raum einräumen und was an unbegrenzter Abwehr aufgegeben, durch begrenzten Aufbau ersetzt sein würde? Die Hauptversammlung 1911 sprach von den »nahezu schon zum Gewohnheitsrecht gewordenen« Übelständen. In der Hauptversammlung 1913 hieß es von Großlisten und Buchhändlern, deren Zusammenarbeiten zu vernichteten Jahrzehnte Verbandstätigkeit gearbeitet hatten: »Heutzutage ist die Schaffung von Buchhändlern ein Geschäft geworden«, wurde geschätzt, daß vom rund 80 Millionen betragenden Leipziger Verkehr wohl ein Viertel von den Großlisten vermittelt würde, und daß sie ein Faktor geworden seien, der sich wohl überhaupt nicht mehr beseitigen lassen werde, und mit dem deshalb gerechnet werden müsse; es könne sich nur um Beseitigungsversuche der größten Auswüchse handeln.

In der Zeit von 1904 bis zum Kriege beginnt ein neuer Abschnitt auf dem Gebiete des Rabatts: die Forderung der Erhöhung des Verlegerrabatts. Sie wird dringend in den Kriegsjahren und verbindet sich hier (wie mit dem Ersuchen um Entgegenkommen in der Behandlung der Remittenden) mit dem Entschluß zur endgültigen gänzlichen Beseitigung des Kundenrabatts. Im Februar 1916 wandten sich Verband Norden und Verein Hamburg-Altona gemeinsam an den Vorstand des Deutschen Verlegervereins um Gewährung eines Rechnungsrabatts von mindestens 30 Prozent. Der Verlegerverein lehnte ab. Zwei Rundschreiben, die Kreis Norden und Verein Hamburg-Altona im April und Mai 1916 in geschlossenen Briefen an die Verleger versandten, wurden von den großen, in erster Linie in Betracht kommenden Verlegern mit Stillschweigen beantwortet; ein drittes Rundschreiben ging im November 1916 an eine kleine Zahl meist wissenschaftlicher Verleger. Ein viertes wurde im Juni 1917 versandt; in ihm traten die Vorstände der beiden Vereine auch der Ansicht entgegen, die der ablehnenden Haltung mehr oder weniger ausgesprochen zugrunde lag, nämlich, daß der Buchhandel an zu vielen Sortimentengeschäften leide. Die steigende Zahl der Firmen im Adreßbuch ist irreführend. Maßgebend sind eher die Versendungslisten des Verlegervereins; nach ihnen hatte Marburg vor damals vierzig Jahren bei etwa 9000 Einwohnern und noch nicht 500 Studenten vier Sortimente, 1917 bei 22 000 Einwohnern und 2300 Studenten nur acht; für Göttingen sind die Zahlen: 1876 bei 17 000 Einwohnern fünf Sortimente, 1916 bei 37 000 Einwohnern acht reine Sortimente, die Studentenziffer dabei in ähnlicher Steigerung wie bei Marburg. Hamburg: 1876 bei 381 000 Einwohnern 35 Sortimente, 1917 bei etwa einer Million Einwohner 87 reine Sortimente — wozu zu bemerken ist, daß für Hamburg damals ebensowenig 87 Sortimente für den Vertrieb wissenschaftlicher Neuigkeiten (um die es sich wesentlich handelt) in Frage kamen wie 1876 35, die Zahl der in Frage kommenden Sortimente hatte sich in Hamburg kaum vermehrt.

Ohne jeden Erfolg waren die Rundschreiben nicht, aber es folgte, was folgen mußte, das System der Zuschläge; das Palladium des festen Ladenpreises war einstweilen dahin (Hauptversammlung 1917). Dem Berufsabschluß arbeitete die »Heranzüchtung« von Buchhändlern und Wiederverkäufern durch Verlagsreisende und Großbuchhandel entgegen, gefördert durch Einrichtungen wie die neuen Messeausstellungen in Leipzig.

In solchen Verhältnissen beginnt mit der Hauptversammlung 1920, die, obwohl nicht in Hamburg (sondern in Bremen) stattfindend, einen Besuch hatte wie keine zuvor — von 90 Mitgliefern —, die sprunghafte Steigerung der Mitgliederzahl 1920/21 von 188 auf 222 und bis 1926 auf 303. Der zahlreiche Besuch der Hauptversammlung 1920 war zum Teil dem Umstand zu danken, daß die Kosten der Bahnfahrt zum ersten Mal von der Verbandskasse getragen wurden, sie war aber auch inhaltlich wichtig. Die Versammlung verwahrte sich gegen die Forderungen des Vorstandes des Verlegervereins vom 27. Juli 1920 und erkannte allgemeine Verkaufsbestimmungen nur an,